

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/1657 –**

### **Freistellung der Kommunen von der Mitfinanzierung bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich von Eisenbahnen und Straßen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes vorzulegen, um die Voraussetzungen zu schaffen, Kommunen bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich von Eisenbahnen und Straßen von der Mitfinanzierung freizustellen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/1657 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2006

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Klaus W. Lippold**  
Vorsitzender

**Uwe Beckmeyer**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Uwe Beckmeyer

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/1657** in seiner 37. Sitzung am 1. Juni 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes vorzulegen, um die Voraussetzungen zu schaffen, Kommunen bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich von Eisenbahnen und Straßen von der Mitfinanzierung freizustellen.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/1657 in seiner 19. Sitzung am 20. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 27. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 16/1657 in seiner 24. Sitzung am 25. Oktober 2006 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das Thema des Antrags der Fraktion DIE LINKE. bereits mehrfach im Ausschuss erörtert worden sei und man bereits in der Vergangenheit festgestellt habe, dass der Bund nicht in der Lage sei, die entsprechenden gemeindlichen Aufgaben aus Bundesmitteln zu finanzieren. Daher seien diesbezügliche Anträge auch bereits in der Vergangenheit abgelehnt worden. Man werde dementsprechend auch den vorliegenden Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, der Bundesgesetzgeber müsse sehen, welche Lasten er den Kommunen durch von ihm beschlossene Gesetze auferlegt habe. Bei einigen Gemeinden reichten die gesamten Mittel in ihrem Investitionshaushalt nicht aus, um den Verpflichtungen aus dem Eisenbahnkreuzungsgesetz nachkommen zu können. Der Gesetzgeber müsse solche Umstände berücksichtigen und müsse die Verursacher stärker in die Verantwortung nehmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, der Antrag greife zwar grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen auf, sei aber vor allem hinsichtlich der Frage der Finanzierung in seinen Forderungen zu unpräzise. Man könne ihm daher nicht zustimmen und werde sich enthalten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 6. November 2006

**Uwe Beckmeyer**  
Berichterstatter

